

Anlage 4 Vertragsentwurf zur Information

Vertragsentwurf zum Projekt „Dorf-Büros – Coworking Spaces in Rheinland-Pfalz“ im Zeitraum vom 1. September 2019 bis 31. Dezember 2024. Die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V., Adolf-Kolping-Str. 4, 55116 Mainz, vertreten durch Herrn Rainer Zeimentz (Vorstand) (nachstehend EA genannt) und [Kommune, Anschrift, vertreten durch] (nachstehend Kommune genannt) schließen folgenden Vertrag über „Dorf-Büro in [Kommune]“

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Die Kommune richtet ein Dorf-Büro ein und betreibt es über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren (2019 bis 2024).
- (2) In den ersten drei Jahren (2019 bis 2022) berät und unterstützt die EA die Kommune bei der Einrichtung und dem Betrieb des „Dorf-Büros“ (Coworking Space).

§ 2 Vertragsbestandteile

Die Dokumente „Bewerbungsmappe“ sind verbindlicher Bestandteil des Vertrages:

- Konzeption zur Bewerbung
- Anlage 1 Verbindliche Bewerber-Erklärung zur Unterschrift
- Anlage 2 Verbindliche Erklärung der unterstützenden Verbandsgemeinde zur Unterschrift

§ 3 Pflichten der Kommune

- (1) Die Kommune verpflichtet sich,
 - die in der Bewerbungsmappe genannten Aufgaben zu erfüllen,
 - das Dorf-Büro spätestens in der 49. Kalenderwoche 2019 zu eröffnen,
 - das Dorf-Büro mindestens 60 Monate zu betreiben und für Nutzer zugänglich zu halten,
 - die Umbau- und Einrichtungskosten bis zum 31.01.2020 vollständig mit der EA abzurechnen,
 - das erste Betriebsjahr bis zum 15.12.2020 vollständig mit der EA abzurechnen,
 - das zweite Betriebsjahr bis zum 15.12.2021 vollständig mit der EA abzurechnen,
 - das dritte Betriebsjahr bis zum 15.12.2022 vollständig mit der EA abzurechnen,
 - jeweils zum 15. Dezember des Vorjahres einen Wirtschaftsplan nach Vorgaben der EA für das Folgejahr vorzulegen,
 - das Betriebskonzept für das vierte und fünfte Betriebsjahr in Eigenregie bis zum 01.12.2021 der EA vorzulegen,

- für den Fall, dass sie den Betrieb des „Dorf-Büros“ ohne Zustimmung der EA vor dem 31.12.2024 beendet, für jeden nicht erfüllten Betriebsmonat 1.000,00 Euro an die EA zu zahlen.
- (2) Soweit die Kommune zu viel erhaltene Beträge zurückzuzahlen hat, sind diese vom Zeitpunkt der Frist der Rückzahlungsaufforderung an mit acht Prozentpunkten im Jahr über dem in § 247 Abs. 1 BGB festgesetzten Basiszins (§ 288 Abs. 2 BGB) zu verzinsen, es sei denn, es werden höhere oder geringere gezogene Nutzungen nachgewiesen. § 197 BGB findet Anwendung.
 - (3) An die EA zurückzuzahlende Beträge sowie Zinsen sind auf das von der EA benannte Konto einzuzahlen.

§ 4 Pflichten der Entwicklungsagentur

Die EA verpflichtet sich,

- der Kommune für die Einrichtung bis zu 25.000,00 Euro gegen Nachweis der tatsächlich angefallenen Kosten zu erstatten.
- der Kommune pro Betriebsjahr bis zu 25.000,00 Euro gegen Nachweis der tatsächlich angefallenen Kosten zu erstatten.
- die Kommune in den ersten drei Betriebsjahren zu beraten.

§ 5 Schadensfreistellung

Die EA haftet nicht für Schäden aller Art der Kommune oder Dritter, die aus der Durchführung dieses Vertrags entstehen. Wird sie für solche Schäden haftbar gemacht, so stellt sie die Kommune frei.

§ 6 Kündigungsrecht

Unbeschadet sonstiger Kündigungsrechte ist die EA berechtigt, das Vertragsverhältnis fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere bei einer Nichterfüllung der Pflichten der Kommune (s. § 3) vor.

§ 7 Schriftform

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags müssen zu ihrer Wirksamkeit als solche gekennzeichnet sein und bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform.
- (2) Der Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Die Kommune und die EA erhalten je eine unterzeichnete Ausfertigung.
- (3) Verabredungen der Vertragspartner erfolgen ausschließlich schriftlich. Mündliche Absprachen sind ungültig.

§ 8 Gerichtsstand

Gerichtsstand ist Mainz.

§ 9 Salvatorische Klausel

Sollte eine Vertragsbestimmung unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte eine Bestimmung eine an sich notwendige Regelung nicht enthalten, so wird die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen nicht berührt. An Stelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Regelungslücke gilt diejenige rechtlich zulässige Bestimmung als vereinbart, die so weit wie möglich dem entspricht, was die Parteien gewollt haben oder nach Sinn und Zweck des Vertrags gewollt hätten, wenn sie die Unwirksamkeit der betreffenden Bestimmung bzw. die Regelungslücke erkannt hätten.